Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 545 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6,00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellg.-G.

Morgen-Ausgabe
Montag, 3. November

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 30 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Amtl. Anzeigen laut Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801 abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postscheckkonto Leipzig 20512

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290 Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Reichskanzler Bauer beabsichtigt eine Besichtigungsreise in das schleswigsche Abstimmungsgebiet.

* Die kaufmännischen Angestellten in Dresden sind wegen Lohnforderungen in den Streik getreten.

* Die Königsberger Tageszeitungen haben ihr Erscheinen infolge des Ausstandes der Buchdruckergehilfen eingestellt.

* 377 000 Bergarbeiter sind in Amerika in den Streik getreten.

* Nach einer Meldung sollen die deutschen Inseln im Stillen Ozean südlich vom Aequator an Australien und Neuseeland, nördlich vom Aequator an Japan fallen.

Die Sperrung des Verkehrs

Zu dem Beschlusse des Reichskabinetts über die Einstellung des gesamten Personenverkehrs im Reichsgebiet während der Tage vom 8. bis 15. November teilt Eisenbahnpräsident Wulff von der Direktion Berlin im „Berl. Tagebl." folgendes mit:

„Der vorliegende Beschluß des Kabinetts ist trotz seiner einschneidenden Art als gänzlich unabänderlich zu betrachten. Es ist auf diese Weise der einzig richtige Weg eingeschlagen worden, um der wachsenden Kalamität in der Kohlen- und Lebensmittelversorgung entgegenzuarbeiten. Die Teileinschränkungen des Personenverkehrs in den früheren Wochen haben auch nur zu Teilresultaten geführt und soviel Mißhelligkeiten im Gefolge gehabt, daß eine durchgreifende Maßnahme dringend geboten erschien. Mit dem 6. November wird also der gesamte Schnellzugs- und Personenzugverkehr aufhören; eine Ausnahme bilden nur die reinen Arbeiterzüge. Die Beförderung der Post ist in der Weise geregelt, daß besondere Postzüge sowie Güter- und Eilgüterzüge abgelassen werden. Gewisse Verzögerungen werden sich natürlich nicht vermeiden lassen, es ist aber erforderlich, daß der ganze Lokomotivpark im Reiche in den Dienst der Versorgung gestellt wird."

Bergarbeiterstreik in Amerika

377 000 Mann im Ausstand.

Amsterdam, 2. November.

Nach einer Meldung der „Evening News" aus New-York ist der Bergarbeiterstreik ausgebrochen. 500 000 Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt. Der Streik ist aber nicht allgemein. Nach einer weiteren Meldung aus New-York vom 1. November schätzen die Arbeiterführer die Zahl der am Streik beteiligten Bergarbeiter auf 377 000 Mann.

Das Repräsentantenhaus hat mit überwiegender Mehrheit die Entschließung des Senats angenommen, in der der Kongreß sich verpflichtet, die Regierung bei ihrem Vorgehen in der gegenwärtigen industriellen Krisis zu unterstützen. Wie das Reuterische Bureau aus Louisville meldet, wurde dort ein Bataillon von Veteranen aufgestellt, das den Befehl erhielt, sich nach den Kohlenfeldern von Westvirginien zu begeben. Der Verwalter der Brennstoffe, Garfield, hat angeordnet, daß das Kohlenverteilungssystem, das während des Krieges in Kraft war, von neuem in Wirksamkeit trete. Für die Ausfuhr dürfte keine Kohle zur Verfügung sein.

Streik in Dresden

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Dresden, 2. November.

Die kaufmännischen Angestellten in Handel, Industrie, Schiffahrt, Lager- und Speditionsbetrieben beschlossen heute, wegen Lohnforderungen in den Streik zu treten, obwohl die Arbeitgeber sich zu weiteren Verhandlungen bereit erklärt hatten. Die Angestellten des Kleinhandels sind in den Sympathiestreik getreten.

Die Bilanz der Friedenskonferenz

Versailles, 2. November.

Pertinax zieht im „Echo de Paris" die Bilanz aus den Arbeiten der Friedenskonferenz, wie sie jetzt funktioniere, ihrem Ende entgegengehe. Die Amerikaner verheimlichten nicht mehr ihre Ungeduld und kündigten ihre demnächstige Abreise an. Pertinax fragt: „Welchen Teil des Programms hat die Konferenz noch auszuführen? Der Friedensvertrag von Versailles ist ratifiziert, jedoch ist das Problem seiner Ausführung noch zu lösen. Der Friedensvertrag von St. Germain steht kurz vor der Ratifizierung und ist durch die Haltung Serbiens und Rumäniens aufgehalten worden. Die adriatische Frage besteht noch vollkommen ungelöst, und der bulgarische Friedensvertrag wird noch große Schwierigkeiten hervorrufen, denn Amerika verweigere Griechenland den Besitz von Nordthrazien." Außer diesen schwebenden Fragen seien noch drei Friedensverträge abzuschließen, mit der Türkei, Rußland und Ungarn. Was die Ausführung der abgeschlossenen Verträge anbetreffe, so sei hinsichtlich des Friedensvertrages von Versailles in bezug auf das militärische Direktorium noch nichts entschieden. Man erwarte die Antwort von England, Amerika und Italien. Die adriatische Frage, die den Vertrag von St. Germain berühre, hänge von Amerika ab, das die Kompromißanträge Tittonis abgelehnt habe. Außerdem sei es auch Amerika, das hinsichtlich Westthraziens Schwierigkeiten bereite. Sir George Clark sei im Auftrage der Friedenskonferenz nach Budapest gegangen, um ein Konzentrationskabinett einschließlich der Sozialisten zusammenzubringen. Es scheine jedoch, daß er keinen großen Erfolg gehabt habe. Das ungarische Volk sei royalistisch gesinnt und gruppiere sich um die alten Parteien. Es sei besser, von dem russischen und türkischen Friedensvertrag nicht zu sprechen. Unter diesen Bedingungen erhebe sich die Frage, ob die Friedenskonferenz auseinandergehen könne, um sich in einen Rat ohne besondere Autorität zu verwandeln. Gewiß sei die Bankerottbedrohung, die man feststellen müsse, in der Hauptsache auf den amerikanischen Senat zurückzuführen. Je nachdem Amerika an den Arbeiten teilnehme oder nicht, stelle sich die Frage in verschiedener Form dar. Pertinax hofft, daß Amerika verstehen werde, daß die alte Welt mit Herzklopfen seinen Debatten folge.

Aegypten gegen England

Amsterdam, 2. November.

„Westminster Gazette" meldet eine Zunahme der englandfeindlichen Bewegung in Aegypten. In Kairo planen die Ladenbesitzer und Arbeiter die Boykottierung der Engländer. Seit dem 20. Oktober finden in Alexandrien täglich Demonstrationen statt. Zur Unterstützung der Polizei sind Truppen aufgeboten.

Also doch am 11. November?

Das Inkrafttreten des Friedensvertrages.

Amsterdam, 1. November.

Auf eine Anfrage Lord Robert Cecils hat Harmsworth im englischen Unterhause mitgeteilt, man hoffe, daß der Friedensvertrag von Versailles am 11. November, dem Jahrestage des Waffenstillstandes, in Wirksamkeit treten könne.

Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris" in Washington meldet, es werde der öffentlichen Meinung in Frankreich nicht gelingen, die republikanischen Senatoren in irgendeiner Weise zu beeinflussen. Die Chefs der republikanischen Opposition erklärten jedem, der es hören wolle, daß der Friedensvertrag von Versailles in der jetzigen Form nicht ratifiziert werde. Sie erklärten auch, daß die Kongreßsession automatisch Anfang Dezember zu Ende gehe, und daß die unmittelbar darauf wieder eröffnete Tagung sich nur mit inneramerikanischen Fragen, hauptsächlich mit der industriellen und sozialen Krise beschäftigen werde.

Der „Nieuwe Courant" meldet aus Washington vom 31. Oktober: Lodge hat im Senat beantragt, über den Friedensvertrag nicht später als am 11. Dezember abzustimmen, und nach dem 3. November die Debatten auf eine Stunde pro Tag einzuschränken. Jeder Senator soll dann nur einmal sprechen dürfen. Hitchcock beantragte, die Sprechdauer für jeden Senator auf 15 Minuten zu beschränken und die täglichen Sitzungen etwas früher zu beginnen. Ueber beide Anträge wird am Montag abgestimmt werden.

Abfindung des früheren Fürsten zur Lippe

Detmold, 2. November.

Die Vergleichsverhandlungen über das lippische Domanium zwischen dem lippischen Landespräsidium und den Vertretern des ehemalig regierenden Fürsten Leopold IV. zur Lippe haben am 29. Oktober einen von beiden Seiten zugestimmten Abschluß gefunden. In der dem lippischen Landtage zugegangenen Vergleichsvorlage betont das Landespräsidium, daß der neue Vertrag ein angemessener Vergleich ist, durch den die unter den heutigen schweren Nöten nicht gering zu schätzenden berechtigten Ansprüche des Landes ihre Befriedigung finden. Nach der Vergleichsvorlage erhält der frühere Fürst außer dem ehemalig fürstlichen Residenzschloß in Detmold, einem Jagdschloß und Forsteien, eine Million Mark in bar, die Fürst-Waldemar-Stiftung (307 472 Mark) und den Fürst-Waldemar-Reservefonds (580 329 Mark), die bei der Uebernahme der Regierung durch das Haus Biesterfeld (1897) vorhanden gewesenen Mobilien und Stücke, Teile des Hausschmuckes und die Fürstengruft in der Kirche der reformierten Stadtgemeinde Detmold. Der Fürst verzichtet zugunsten des Staates auf alle Rechte an der Fürst-Leopold-Akademie für Verwaltungswissenschaften und ihrem Vermögen sowie am Theater. Er überträgt seine aus den Schenkungen über diese Gegenstände entstandenen Rechte an den Staat.

Oesterreichs Politik

Staatskanzler Renner hielt in einer Wählerversammlung eine Rede, wobei es zu heftigen Reden mit den anwesenden Kommunisten kam, von denen eine Anzahl bei den Versuchen, den Staatskanzler zu unterbrechen, mit Gewalt aus der Versammlung entfernt wurde. Nach Wiederherstellung der Ruhe erklärte Renner gegenüber den Kommunisten: „Sie wollen die Vergewaltigung, wir die Demokratie. Die Kommunisten verlangen von mir, daß ich die Diktatur aufrichte und Andersdenkenden meinen Willen aufnötige. Natürlich soll ich auch in einem Aufwaschen über Nacht den Sozialismus dekretieren; das ist ungerecht und unmöglich."

Der Staatskanzler erklärte hierauf über die Zukunft Oesterreichs: „Wenn uns keine Möglichkeit gegeben wird, zu leben, dann werden die Massen, jeden Widerstand brechend, den Anschluß an Deutschland stürmisch fordern, von selbst fordern. Das sage ich in vollem Bewußtsein meiner Verantwortung. Es muß nicht so kommen, und ich darf hoffen, daß die Ententemächte ihre Pflicht tun werden. Ich habe meine Politik darauf eingerichtet: Wir werden künftighin Völkerbundpolitik und nicht Anschluß- und nicht Revanchepolitik machen. Die Welt will zur Ruhe kommen, und unter der Herrschaft der vier Ententemächte wird die Freiheit des Verkehrs wiederhergestellt werden. Durch die Macht des Völkerbundes wird der Verkehr von Staat zu Staat wieder ermöglicht werden. Wir werden zwar ein kleiner Staat sein, aber wir werden arbeiten und leben können und den fürchterlichen Zusammenbruch überwinden. Das ist das Tor, welches die Entente uns offen gelassen hat. An dem Tage, an dem wir in den Völkerbund eintreten, werden wir die Freiheit des Verkehrs, die Freiheit des Anschlusses an Deutschland erlangen."

Armee und Sozialdemokratie

Der Heeresetat 1914 belief sich auf 980, der von 1919 auf 1100 Millionen Mark. Damals zählte die Armee 600, jetzt 63 Bataillone. So unendlich teurer ist das Söldnersystem als die allgemeine Wehrpflicht. Auch ohne die Beschränkungen, die uns der Frieden auferlegt, wären wir bei dem jetzigen Werbesystem seiner Kosten wegen nicht in der Lage, ein wesentlich größeres Heer zu unterhalten.

Wie steht es nun mit dem militärischen Geist, der diese Truppe beseelt? Darauf antwortet eine Abhandlung des Generals v. Oldershausen, Generalstabschefs des Reichswehrgruppenkommandos 1. Zu welchem Zweck sie der General schrieb, muß dahingestellt bleiben. Das Regierungsblatt die „Deutsche Allgemeine Zeitung" legt Wert darauf, daß es eine reine Privatarbeit sei. Wie dem auch sei, eine Abschrift flog aufs Redaktionspult der „Freiheit", und diese beeilte sich, die Abhandlung dem Licht der Oeffentlichkeit zu übergeben. Manches müßte ja der „Freiheit" gefallen. Dem General macht die Verminderung der Armee Sorgen und zwar deshalb, weil gerade die besten ausscheiden werden, daß die Armee nur noch (Schicksal aller Soldtruppen im Frieden) aus Erwerbslosen und Gesindel bestehen wird. Die Freunde der „Freiheit" spitzen die Ohren. Aber auch unsere Regierung könnte aufmerken. Was an militärischem Geist noch lebendig ist, wird abgestumpft durch die fortgesetzten Anpöbelungen selbst in der der Regierung nahestehenden Presse. Die Regierung ist angewiesen auf den Schutz der bewaffneten Macht; kommt es aber zum Konflikt mit Unabhängigen oder Kommunisten, so wird selbst der einfachste Soldat den Verdacht nicht los, daß seine fanatischen Gegner der Regierung immer noch näher stehen als er selbst. Unter solchen Umständen muß man neuen Unruhen mit Sorgen entgegensehen. Man weiß ja, wie man die Manneszucht auflösen kann, diesmal ist die Aufgabe unendlich einfacher als im Sommer 1918. Gegen diese Gefahr sucht General von Oldershausen Abwehr in verschiedenen Maßregeln, als besserer Versorgung von Offizier und Mannschaft (also noch mehr als 1100 Millionen Kosten), andere Regelung der Werbung usw., aber als unumgängliche Forderung der Stunde erscheint ihm der „rücksichtslose Kampf gegen Verhetzung in Wort und Schrift". Wie machtlos die Regierung aber ist, zeigt das Beispiel Noskes, als er dem „Vorwärts" seinen flegelhaften Ton gegenüber verdienten Generalen verwies. Der „Vorwärts" lehnte den Vorwurf ab, er sei ein „Volksblatt" und als solches angewiesen auf eine „gewisse Frische" des Tones. An andere Hetzblätter hat sich die Regierung überhaupt noch nicht herangetraut, so an die „Weltbühne" mit ihrem krankhaften Haß gegen alles, was Offizier heißt. Und in der Konferenz, in der beide sozialdemokratischen Fraktionen Grundlagen für ihre Einigung feststellten, beschloß man auch Auflösung der Reichswehr und Umwandlung in eine Volkswehr mit gewählten Offizieren! Also auch der Mehrheitssozialdemokratie erscheint das als ein erstrebenswertes Ideal. Könnte man sich dann wundern, wenn in der Reichswehr widerstreitende politische Meinungen den streng sachlichen militärischen Geist überwuchern? Aber hier wie in allen Fragen sieht die Regierung hilflos der allgemeinen Zersetzung zu. Ihre Träger sind unfähig, das was ihnen als Marxistische Lehre in jahrzehntelanger Agitation als selbstverständlich erschienen ist, mit der so ganz anders gearteten Wirklichkeit in Einklang zu bringen. Das Volk aber sehnt sich nach Führern, die frei sind von den hemmenden Fesseln der Theorie.

Zu diesen Männern gehört auch Herr Noske nicht, der das große Wort aussprach: „Das Heer hat bedingungsloses Werkzeug der Regierung zu sein." Glaubt er etwa, daß die Regierung sich nicht ändern kann? Glaubt er, daß die Soldaten, die jetzt wahlberechtigt, also politisiert sind, sich immer mit dieser Büttelrolle begnügen werden? Für etwas anderes als für Polizeidienste gegen den inneren Feind kommt ja diese Armee nicht in Frage, dafür sorgt schon der Friedensvertrag. Und Noske selbst, so selbstherrlich er sich auch gebärdet, bleibt doch stets ein treues Mitglied seiner Fraktion, er wird jede Schwenkung mitmachen und von der Armee das gleiche verlangen. Trübe Aussichten, solange eine sozialistische Parteiregierung am Ruder ist!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911031-19/fragment/page=0001

„Wer sitzt in den Kriegsgesellschaften und was verdient man da?"

Zu dieser Frage gab Abgeordneter Bruhn in der Nationalversammlung folgende interessante Aufschlüsse:

Während des Krieges konnte festgestellt werden, daß zahlreiche Kriegspflichtige sich in Kriegsgesellschaften unterbrachen als Versicherungsanstalten gegen die Teilnahme an der Verteidigung des Vaterlandes. Der Andrang aus ganz bestimmten Kreisen von „Kaufleuten" wurde schließlich so auffällig, daß sogar die Mehrheit des Hauptausschusses des Reichstages im Oktober 1916 von der Regierung eine Statistik forderte, in der die Konfession der in den Kriegsgesellschaften Beschäftigten mitgeteilt werden sollte.

Jetzt kann man die Beobachtung machen, daß Persönlichkeiten der Kriegsgesellschaften das Bestreben haben, ihre Position für die Zukunft sicherzustellen. In sämtlichen Kriegsgesellschaften werden außerordentlich hohe Gehälter gezahlt. Die leitenden Männer erhalten Gehälter von 30 000, 35 000, 37 000 Mark. Die große Zahl der dann im Range Folgenden erhält Gehälter um 26 000 bis 30 000 Mark und annähernd 20 000 Mark. Der leitende Beamte der Zentraleinkaufsgenossenschaft ist ein 31jähriger Herr, der 37 000 Mark verdient. (Furnir: Wie heißt er?) Meyer. In der Reichsgetreidestelle beziehen vier Angestellte 30 000 Mark Gehalt. Unter diesen ein 31jähriger Assessor. (Furnir: Wie heißt er? Dr. Loeser. In der Nesselbau-Gesellschaft erhält einer der leitenden Herren, ein 33jähriger Rechtsanwalt, ebenfalls 32 000 Mark; er heißt Dr. Kahn.

Wir haben im Ausschuß Anträge gestellt, bei verschiedenen Kriegsgesellschaften, deren Geschäftsbetrieb nur noch minimal ist, die eingezahlten Beträge um 150 000 Mark herabzusetzen. Unsere Anträge wurden abgelehnt. Die noch bestehenden 67 Kriegsorganisationen denken nicht daran, sich aufzulösen, nur einige wenige sind im Abbau begriffen. Im kommenden Frühjahr soll die Besoldungsreform für die Beamten durchgeführt werden. Liegt es nicht nahe, daß die Beamten Vergleiche anstellen zwischen ihren schmalen Bezügen und den reichlich bemessenen der Angestellten der Kriegsgesellschaften? Die in den Kriegsgesellschaften gezahlten Gehälter sind sämtlich, soweit es sich nicht um eine ganz einfache Tätigkeit handelt, Ministergehälter. Wir fordern, daß die Zwangswirtschaft schnellstens abgebaut wird, damit die schaffenden, werktätigen Berufe sich wieder ungehemmt entwickeln können. Die schnellste Auflösung der Kriegsgesellschaften ist unbedingt erforderlich."

Man kann nach dieser Darstellung verstehen, warum von den Kriegsgesellschaften selbst der Gedanke einer Auflösung der Zwangswirtschaft so heftig bekämpft wird. Es sitzt sich noch einmal so bequem in den Aufsichtsräten, wenn man dabei das Bewußtsein hat, Ministergehälter zu beziehen!

Wozu sie Zeit haben

des Wohlfahrtsministerium und die Sexta.

Die Sexta des „Grauen Klosters" in Berlin hat an die Schriftleitung des „Dem. Deutschland" einen Brief gerichtet, in dem sie gegen die falsche Rechtschreibung der Aufschrift „Wohlfahrtsministerium", protestiert. Das Wohlfahrtsministerium hat sich nun beeilt, durch die Wochenschrift „Das demokratische Deutschland" dem Schülerrat der Sextaner des Gymnasiums zum „Grauen Kloster" folgendes Schreiben zugehen zu lassen:

„Sehr geehrte Schriftleitung! Die in Form und Rechtschreibung mit „sehr gut" zu bezeichnende Zuschrift, die der Schülerrat der Sextaner des Gymnasiums zum Grauen Kloster an Ihre Wochenschrift gerichtet hat, ist nicht ohne Eindruck auf das Wohlfahrtsministerium geblieben. Der Herr Wohlfahrtsminister ist dem Schülerrat sehr dankbar für die Aufdeckung des groben Rechtschreibefehlers auf dem Aktenwagen. Denn es hätte die bedenklichste Verwirrung geben müssen, wenn die Akten des Wohlfahrtsministeriums dauernd falsch „gelesen" wären. Der Fehler ist natürlich sofort verbessert worden. Von dem Antrage, einen Unterstaatssekretär für Rechtschreibung im Wohlfahrtsministerium einzusetzen, bittet der Herr Wohlfahrtsminister jedoch abzusehen, da der Herr Finanzminister wegen der Bedürfnisse des Staatshaushalts schon jetzt die Hände über dem Kopf zusammenschlägt. Der Herr Wohlfahrtsminister möchte sich dem Sextaner Hirkemeier, der als Vorletzter seiner Klasse sich der Verantwortung als Unterstaatssekretär für Rechtschreibung im Wohlfahrtsministerium unterziehen wollte, gern erkenntlich zeigen, kann es aber zu seinem Bedauern nicht in der angedeuteten Richtung, dem Herrn Kultusminister die Herabsetzung der an Sextaner gestellten Ansprüche in bezug auf Rechtschreibung zu empfehlen. Denn sonst ließe die eben verbesserte Aufschrift auf dem Aktenwagen des Wohlfahrtsministeriums Gefahr, gelegentlich wieder fehlerhaft zu erscheinen."

Der Sextaner Hirkemeier, der sich also um das Staatswohl wahrhaftes Verdienst erworben hat und um ein Unterstaatssekretär geworden wäre, sieht sich nun auf seinen alten Wirkungskreis als rückwärtiger Sekundus seiner Sexta beschränkt.

Die Demokratie und die Leipziger Messe

Im Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums 1919 waren 700 000 Mk. Reichszuschuß für die Leipziger Messe eingestellt. Der Ergänzungshaushalt fügte 500 000 Mk. hinzu. Ueber diese beiden Summen von insgesamt 1 200 000 Mk. wurde im Haushaltsausschuß beraten.

Demgegenüber hatte das Leipziger Meßamt einen Staatszuschuß von 2 Millionen beantragt. Die Höhe dieses Ersuchens wurde, abgesehen von der jetzigen Teuerung aller Reklamekosten, mit der durch den Frieden eingetretenen Vergrößerung des Reklamegebiets begründet; denn noch 1918 waren für die Leipziger Meßpropaganda nur das verbündete und das neutrale Ausland in Frage gekommen.

Die Regierung konnte sich dem Gewicht dieser Gründe nicht verschließen, die namentlich von dem Vertreter Sachsens im Reichsrat unterstrichen wurden. Um so befremdlicher war es, daß ein Antrag von rechter Seite, den Zuschuß für die Leipziger Messe zu erhöhen, abgelehnt wurde. Bei dieser Abstimmung stimmten seit langer Zeit zum ersten Male die Parteien des ehemaligen Bülowblockes zusammen; Zentrum und Sozialdemokratie brachten aber den Antrag zu Fall. Immerhin bestand nach dieser Abstimmung im Ausschuß eine gewisse Wahrscheinlichkeit, im Plenum der Nationalversammlung eine Mehrheit für Erhöhung des Reichszuschusses für die Leipziger Messe zu schaffen; denn wenn die Deutschnationalen, Deutschen Volksparteiler und Demokraten zusammenhielten, konnte durch Hinzutritt von Splittern der anderen Parteien, insbesondere der sächsischen, besonders Leipziger Abgeordneten, eine Mehrheit für einen erhöhten Meßzuschuß gewonnen werden.

In der Verhandlung des Plenums brachte daher der Deutschnationale Dr. Philipp mit seiner Fraktion den Antrag ein, den Meßzuschuß von 1 200 000 Mk. auf 1 700 000 Mk. zu erhöhen. Er wurde darin unterstützt von dem deutschen Volksparteiler Dr. Hugo. Die Demokraten dagegen ließen durch ihren Vertreter Dr. Versbofen erklären, sie lehnten den deutschnationalen Antrag ab. Damit war dessen Schicksal besiegelt; er wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Das Verhalten der Demokraten in der Angelegenheit muß befremden. Ihre Vertreter im Ausschuß hatten geschlossen für Erhöhung des Reichszuschusses für die Leipziger Messe gestimmt, im Plenum dagegen stimmte die demokratische Partei geschlossen dagegen. Die Leipziger Abgeordneten Dr. Zöphel und Schneider fehlten (!!) bei der Abstimmung.

Die Heimarbeit

Soeben erscheint der amtliche Bericht über die 103. Sitzung der Nationalversammlung mit der Rede von Margarete Behm zugunsten der weiblichen Heimarbeit.

Margarete Behm, aus der Berliner kirchlich-sozialen Frauengruppe hervorgegangen hat seit 20 Jahren ihre ganze Kraft für den „Gewerkverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands" eingesetzt und dort nicht weniger als 20 000 mit der Nadel und Nähmaschine tätige Frauen organisiert. Bis in die Kreise der unabhängigen Sozialdemokratie hinein ist die persönliche Hochachtung vor der Unermüdlichkeit allgemein, mit der Fräulein Behm, eine echt mütterliche Erscheinung, ihre Kraft für die bedrückesten ihrer Geschlechtsgenossinnen einsetzt und auf einem Gebiete, auf dem selbst die Organisationskraft der Sozialdemokratie versagt hat, sich erfolgreich betätigt hat. Man muß ihre lebendige Persönlichkeit hören, um den Eindruck zu verstehen, den ihre herzwarme Art macht, wenn sie ausführt:

„Alle im Hause, die da wollen, daß Deutschland arbeitet, und die da wollen, daß das deutsche Heim wieder die Umhegung der Familie, die Erziehung und der Schutz der Jugend sein soll, müssen mir zustimmen: Erhaltung, nicht Abschaffung der Heimarbeit! Ich freue mich deshalb besonders der Worte des Herrn Reichsministers, daß er die Heimarbeitreform bringen will. Denn ich wäre ja ein ganz unverantwortlicher Mensch, wenn ich hier vor Ihnen stände und für Erhaltung der Heimarbeit spräche, aber nicht gleichzeitig forderte: Heimarbeitreform und noch einmal Heimarbeitreform! Es darf selbstverständlich nicht so sein, daß die Heimarbeit sich weiter als Krebsschaden am deutschen Volke ernährt. Es darf nicht sein, daß die Heimarbeiter die übrige Arbeiterschaft unterbieten und dadurch die aufgebesserten Löhne wieder herunterziehen. Es darf nicht sein, daß der Achtstundentag gefährdet wird, und daß Heimarbeiter bis in die ascheraue Ewigkeit arbeiten. Darüber sind sich die Vertreter der organisierten Heimarbeiter ganz klar, und gerade darum fordern sie mit aller Entschiedenheit Heimarbeitreform und freuen sich, daß sie jetzt von seiten der Regierung versprochen ist, wie sie auch schon seinerzeit im 7. Ausschuß, als wir die Einzelheiten der Forderungen besprachen, als berechtigt anerkannt sind. — Ich möchte noch auf eins hinweisen: daß es jetzt unter den Heimarbeitern sehr viele Kriegsbeschädigte gibt, von denen wir ja heute Trauriges genug gehört haben, und dann selbstverständlich Kriegshinterbliebene. Was soll denn die Frau machen, deren Ernährer draußen auf dem Felde der Ehre geblieben ist, und die nun mit ihren kleinen Trabanten allein steht? Sie will nicht von ihren Kindern weggehen, damit sie nicht Schaden leiden. Sie muß zur Heimarbeit greifen, wenn sie nicht schon früher als Frau verdienst zu dem des Mannes Heimarbeit getrieben hat. Es ist also eine durchaus im Interesse der Volkswirtschaft notwendige Form der Arbeit, weil da Hände sind, die zur Erzeugung verwertet werden können — wir brauchen Steigerung der Produktion! — und die nicht alle verwendet werden können, wenn man sie in die Fabrik und in die Werkstatt bringen will. Die Fabrik und die Werkstatt nimmt nur gesunde Kräfte; mit Recht, das ist ein Reservoir. Man muß also die halben Kräfte mit Heimarbeit beschäftigen, um sie, sagen wir mal, mit auszunutzen im Interesse der Produktion und des Wiederaufbaus Deutschlands."

Prächtig kam auch das monarchische Bekenntnis heraus, das Fräulein Behm mit folgenden Worten unter stürmischer Zustimmung der Rechten zum Ausdruck gebracht hat: „Ich möchte jetzt etwas ganz Ernstes sagen. Uebermorgen ist der Geburtstag der Frau, von der man in Berlin kaum noch spricht und die eine Kaiserin in Deutschland war. Ihr Herz hat für die Heimarbeiterinnen so warm geschlagen, daß mir einmal einer, der sie genau kennt, gesagt hat: „Fräulein Behm, die Kaiserin muß erst sterben, ehe sie die Not der Heimarbeiterinnen vergißt; das ist etwas, was ihr bis zu ihrem Tode am Herzen liegen wird." Und nun lassen Sie mich noch hinzufügen, daß ich und mit mir Tausende der einsamen Frau in Amerongen in tiefer, nie erlöschender Dankbarkeit gedenken."

Wer eine Fraktion, in der eine Margarete Behm wirkt, als arbeiterfeindlich bezeichnet, kann nur auf gänzlich Sachunkundige Eindruck machen.

Ideal- und Real-Politik

Im Anschluß an unsern Bericht über das Urteil gegen die Mitarbeiter der „Gazette des Ardennes" wird uns aus unserm Leserkreise geschrieben:

1. Wir sind ein Produkt unserer Erziehung.
2. Der Franzose oder wer sonst desgleichen.
3. Die Erziehung in die rechten Bahnen zu lenken, ist Sache des Staates.
4. Die französische Regierung leitet sie in nationale Bahnen und macht die Nation mächtig, zum Vorteil eines jeden einzelnen Staatsbürgers, selbst wenn sie über einzelne Leichen eigener Staatsbürger in grausamer Weise mußte: Urteil des französischen Kriegsgerichtes im Prozeß „Gazette des Ardennes".
4. In Deutschland ist es umgekehrt. Hier gelten nur ideale Lebensanschauungen, selbst stark national empfindende Kreise können den französischen Nationalismus nicht begreifen. Die Nation ist daher in ihrer Weltanschauung weichlich und international. Im Kampfe ums Dasein mit anderen Nationen muß sie daher stets unterliegen.

Nachdruck verboten.

Die beiden Hildebrand

33] Kriminalroman von Heinrich Tiaden.

Das waren die Gedanken, denen Oswald nachhing, während er in Gesellschaft der drei Herren zum Polizeipräsidium fuhr. Oswald fühlte sich von dem Wesen dieses Mädchens aufs seltsamste berührt. Er war nicht fähig, sie zu verachten. Auch Haß empfand er nicht gegen sie, obwohl er sich bemühte, in seiner Seele diese Gefühle zu erwecken. Er versuchte, sich selbst genaue Rechenschaft abzulegen, was es für ein Gefühl war, das ihn so stark von jenem schönen Mädchen zurückscheuchen ließ. Und er fand, es war Furcht. Laura Bürklin war ohne Frage ein gefährliches Weib. Ausgestattet mit allen Reizen des Leibes und Geistes, war sie ohne Zweifel imstande, die Seele eines Mannes mit einem Rausche zu erfüllen, in dem er seines geraden Weges wohl fremd und irre werden konnte. Dieses Weib war imstande, den Mann, den sie sich erwählt hatte, in einen Irrgarten zu locken, in dem auf allen Wegen die glühendsten Blumen gefährlichen Atem aushauchten und die köstlichsten Früchte Tod und Verderben in sich bargen. Und dieses Weib hatte nicht nur sein, sondern auch seines Vaters Schicksal in seinen Händen. Seit Laura Bürklin ihm vorhin in der Einsamkeit ihres Zimmers zugeraunt hatte, daß sie das Mordinstrument gefunden und verborgen habe, sah Oswald ein Gespenst vor seinen Augen, bei dessen Anblick sich sein Haar sträubte. Oswald hatte das Gefühl, daß die Worte, die er gehört, die Vernichtung seines Vaters in sich bargen. Doch — was wußte er — zugleich auch seine eigene Vernichtung. War jenes Gespenst, das mit höhnischem Zähnefletschen vor ihm stand, die Zukunft seines Vaters, dann war auch seine eigene Zukunft vernichtet. Dann ade, Welt! ade, Glück — ade, Geliebte! — Mit dem Bewußtsein, daß sein Vater einen Menschen getötet — wenn auch in Notwehr und Verzweiflung — in die erträumte glückliche Zukunft hinauszusegeln, ein geliebtes Weib an sich zu fesseln, der Vater von Söhnen und Töchtern zu werden, denen er eines Tages das Fürchtbare enthüllen mußte, wenn sie es nicht entstellt und verzerrt von Fremden hören sollten — — nein, das konnte, das durfte er nicht. Dann noch lieber eine stille Fahrt ins dunkle Land des Vergessens. Der Gedanke, das eigene und das Leben seines Vaters durch Erfüllung von Laura Bürklins Wünschen zu erkaufen, kam ihm gar nicht.

In dem Augenblick, da der Wagen hielt und Oswald, mit den anderen Herren aussteigend, das Gebäude des Polizeipräsidiums vor sich sah, ging ein Schaudern über seinen Leib, so daß er einen Augenblick auf seinen Füßen schwankte. Der Untersuchungsrichter, der dicht an seiner Seite war, blickte ihn aufmerksam forschend an.

„Seien Sie nicht mutlos, Herr Hildebrand," knurrte er, doch diesmal nicht unfreundlich. „Mancher ist schon, von einem schweren Verdachte belastet, hier hereingeführt worden, um bald darauf das Haus frei und erleichtert im Gefühl seiner festgestellten Unschuld wieder zu verlassen. Wenn Sie sich unschuldig fühlen — und um meines Freundes und der kleinen Lotte willen wünsche ich es von Herzen, brauchen Sie den Mut nicht zu verlieren, denn wir sind keine Menschenfresser, die verschlingen, was ihnen gerade in die Finger fällt. Und wenn wir auch die Kulis unseres Amtes sind, so sind wir gleichwohl ebenso bemüht, dem Unschuldigen zu helfen, als den Schuldigen zu fassen. Also seien Sie nicht mutlos — sofern Sie unschuldig sind."

Der Staatsanwalt, der den beiden vorauf die Treppe emporstieg, wandte den Kopf und warf ihnen einen Blick zu. Dabei lächelte er — Oswald aber hatte das Gefühl, als sei dieses Lächeln voll Hohn und Grausamkeit.

6. Kapitel.

An der Seite des Polizeirats, ganz in Gedanken versunken, und mit hängendem Kopf, schritt Oswald durch verschiedene Gänge. Erst als der Polizeirat eine Tür öffnete, bemerkte er, daß die anderen beiden Herren nicht mehr bei ihnen waren. Oswald und der Polizeirat traten in einen Raum, in dem an mehreren Pulten Polizeibeamte schreibend saßen. Beim Eintritt der beiden Herren erhoben sich alle Köpfe und ein halbes Dutzend Augenpaare hefteten sich mit kritischer Musterung auf Oswald. Ein Kommissar, der etwas abseits von den anderen Beamten an einem Schreibtisch saß, trat den Eintretenden entgegen.

„Nun, wie stehts, Herr Rat?"

Dorenbusch zuckte die Achseln und wandte sich an Oswald.

„Ich denke, Herr Hildebrand, Sie sind so ermüdet, daß Sie vorläufig keinen anderen Wunsch haben als zu ruhen. Ich stelle Ihnen zu diesem Zwecke mein Zimmer zur Verfügung. Es ist zwar nicht so bequem wie ein Hotelzimmer —"

„Doch für einen Verhafteten wohl noch zu gut," bemerkte Oswald mit einem bitteren Lächeln.

„Es ist nicht richtig, wenn Sie sich für einen Verhafteten halten," versetzte der Polizeirat mit einem freundlichen Lächeln. „Ich bin fast überzeugt, daß Sie sich bereits morgen wieder auf freiem Fuße befinden. Und wenn nicht morgen, so doch bald."

„Ich danke Ihnen recht herzlich für Ihre andauernd gute Gesinnung," sprach Oswald, „die sogar der Behauptung des Herrn Staatsanwalts noch standgehalten hat, daß auch ein großer Künstler ein großer Verbrecher sein könne. Ich will nicht versuchen, den Grundsatz des Herrn Staatsanwalts zu widerlegen. Doch wenn es Ihnen Freude macht, kann ich Ihnen sagen, daß wenigstens in diesem Falle — sofern ich mich unter die großen Künstler rechnen darf — Sie Recht haben."

Der Polizeirat war kein Neuling in seinem Fache, sondern ein tiefer Menschenkenner, der den Unterschied zwischen einer klingenden Phrase und einer ernsten Wahrheit sehr wohl herauszufinden verstand. Seine Augen begannen bei Oswald Worten zu leuchten und kräftig schüttelte er seine Hand.

„Na, das soll mich freuen, wirklich recht herzlich freuen!" rief er. „Und nun, Herr Hildebrand, rate ich Ihnen dringend, ein paar Stunden ruhig zu schlafen. Da ich oft die ganze Nacht hindurch hier sein muß, habe ich mir ein recht bequemes Feldbett aufstellen lassen. Es steht zu Ihrer Verfügung."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911031-19/fragment/page=0002

Schulfragen der Zeit

Zur Reform des Religionsunterrichts an höheren Schulen

Von Studienrat Pastor Georg Körner-Halle.

I.

Der Ruf nach einer Reform des Religionsunterrichts, wie verstummt ist, läßt sich in unseren Tagen besonders wieder vernehmen. Auch die Lehrer an höheren Schulen dürfen ihn nicht überhören. In allen Gegenden des Vaterlandes, auch in unserer Provinz, in unserer Mitte hat sich die Oberlehrerschaft mit den dabei aufwendenden Fragen beschäftigt und wird es weiter tun. Es ist ihr doch selbst ein ernstes Anliegen, den besten Weg religiösen Förderung der ihr anvertrauten Jugend zu finden und zu gehen.

„Zur religiösen Förderung! Wir leben in einer Zeit, in der grundsätzlich der Religionsunterricht als Fach in unseren Schulen heftig umstritten wird. Die Denkschrift des Verbandes der evangelischen Religionslehrer an höheren Schulen Deutschlands, die dem preußischen Kultusministerium am 14. Juli d. J. überreicht ist im Auftrage der Kasseler Verbandstagung vom 30. und 31. Mai 1919, spricht sich darüber also aus: „Nachdem der Einheitsstaat verschwunden ist, seit nicht mehr die Hauptkonfessionen, sondern auch die verschiedenen Gruppen und Richtungen der kirchlichen Gemeinschaften wie der Dissidenten sich immer hinter mischten, schien der konfessionelle Religionsunterricht in diesem paritätischen Staat unhaltbar zu sein.

Es ist daher begreiflich, daß nach der staatlichen Umwälzung des 9. November nicht nur Trennung von Staat und Kirche, sondern auch von Schule und Religion, d. h. Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule und Ueberweisung an die religiösen Gemeinschaften entweder als bisher gefordert wurde. Indes, so einfach und bestechend diese Lösung auf den ersten Blick erscheint, müssen wir doch um unserer Jugend und des Staates willen auf das dringendste widerraten." Die Denkschrift geht dann aus, was hier nur angedeutet werden kann: „Der Staat ein Kulturstaat sein und immer mehr werden, so darf er in seiner Schule die christliche Religion der Kirche, die viele Jahrhunderte hindurch die deutsche Kultur geführt und sie für die Dauer entscheidend bestimmt hat, nicht übersehen. Ohne christlichen Religionsunterricht kein Verständnis unserer abendländischen Kultur, aber auch kein Gedeihen der Kultur! „Man kann aus dem Gewebe des modernen Geisteslebens die fest verwebten religiösen Fäden nicht lösen, ohne das ganze Gewebe zu zerstören. Es muß die moderne Kulturschule beachten." Und will der Jugend wahre Bildung und Erziehung überhaupt erteilen, „so darf sie auch für das persönliche Leben die von der Religion ausstrahlenden allgemeinen Kulturkräfte nicht außer acht lassen. Sie muß den Kindern die Gelegenheit verschaffen, auch ihre religiösen Anlagen wie alle anderen zu entwickeln; sonst kann sie nicht den Anspruch erheben, eine wirkliche menschliche Bildung zu gewähren." Die Denkschrift kommt dann zu dem Schluß: „Wir sind überzeugt, es gibt aus den großen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage nur einen wirklich gangbaren Ausweg: Ein ordentlicher Religionsunterricht, der seine religiöse Kraft und Wärme aus dem Zusammenhang mit der kirchlichen Gemeinschaft, seine geistige Freiheit und Weite aus dem Zusammenhang mit der im Schulunterrichte gepflegten staatlichen Kultur gewinnt. Um der Freiheit und Reinheit der deutschen Kultur willen, um der sittlichen Erneuerung unseres Volkes und der Neuerstarkung unseres Staates willen darf die öffentliche Schule ihr wichtigstes Erziehungsmittel nicht aus der Hand geben. — — Es bedarf allerdings gewisser Reformen. Zunächst und vor allem einer Weiterführung der inneren Reform. Der Unterricht soll grundsätzlich im Geiste der Freiheit erteilt werden, d. h. er soll keine Kenntnisse fordern, sondern den Schülern die Schätze der christlichen Ueberlieferung zur freien Aneignung bieten. Er soll sich bewußt sein, daß es im Wesen eines rechtverstandenen Religionsunterrichts liegt, daß der religiöse Stoff als Bildungsmittel für Geist und Gemüt mit evangelischer Freiheit angeeignet und ebenso in die Tat eines frommen Lebens übertragen werde."

Der Hallische Philologenverein, der im Frühjahr d. J. zu der Frage des Religionsunterrichts Stellung nahm, hatte sich im wesentlichen zu denselben grundsätzlichen Anschauungen bekannt; ebenso die Religionslehrer der Stadt und der Provinz an höheren Schulen, die zu diesbezüglichen Beratungen sich zusammenfanden. Ueber drei Punkte war man sich ganz einig:

1. Anstelle des Religionsunterrichts darf nicht etwa ein Moralunterricht als Ersatz treten.
2. Religionsunterricht hat Pflichtfach zu bleiben;
3. häusliche Arbeiten sind nötig.

Zu 1 wird jeder Einsichtige unterschreiben, was Schuster, der verdiente Herausgeber der Zeitschrift für evangelischen Religionsunterricht, schreibt: „Man hüte sich vor der Selbsttäuschung, als ließe sich der Religionsunterricht durch Moralunterweisung ersetzen. Einzelne hochgebildete Lehrer mögen freilich durch ethische Gespräche im Geist von Försters „Jugendlehre" fruchtbar wirken; aber es ist zu fürchten, daß im Durchschnitt dieser Moralunterricht von tötender Langeweile sein und deshalb viel mehr schaden als nützen wird. Ihm fehlt eben das Beste, das Herzblut der Anschaulichkeit und Lebendigkeit, wie es in den lebenden Gestalten der großen Geschichte der Bibel und Kirchengeschichte, zumal im Persönbilde Jesu pulsiert." Was Verfechter des Moralunterrichts, wie etwa Oberlehrer Hans Flemming, in der sozialistischen pädagogischen Zwei-Wochenschrift „Die Neue Erziehung" für ihn anführen, kann nicht überzeugen: Da begegnet uns wohl ein erstaunliches Vielwissen, aber damit zugleich eine den Schüler verwirrende Fülle von Stoff, es fehlt die Konzentration im Unterricht. Multum, non multa! lautet doch auch heute noch eine der wichtigsten Forderungen, namentlich für den Gesinnungsunterricht. Erziehergröße, Lehrerwürdigkeit ist schlichte Größe, „einfältige Tüchtigkeit", die nicht in Gefahr steht, „viele Künste zu suchen und weitere ab vom Ziel zu kommen." Ferner: Gewiß ist die Moral theoretisch eine Größe für sich, sie kann in einem selbständigen ethischen System lehrmäßig dargestellt werden; aber soll sie das Leben entscheidend beeinflussen, so kann sie das nicht ohne die Kräfte, die die Religion darreicht, und die der Religionsunterricht aufzeigen soll.

Auch dies ist zu bedenken, was z. B. eine Elternversammlung in der Aula des Gymnasiums zu Gera gegen den Moralunterricht geltend machte: „Gewissenszwang wäre es, wenn christliche Eltern genötigt werden sollten, für ihre Kinder statt des Religionsunterrichts, den sie wünschen, einen religionslosen Moralunterricht hinzunehmen, oder wenn Lehrer gezwungen würden, wider ihre Ueberzeugung anstelle des Religionsunterrichts Moralunterricht zu erteilen." Wir wissen, daß hinter solchen Eltern-Anschauungen Millionen und Abermillionen evangelischer Christen Deutschlands stehen, die in einer Eingabe an die Nationalversammlung die Beibehaltung des Religionsunterrichts in deutschen Schulen entschieden gefordert haben.

Also nicht Moralunterricht, sondern Religionsunterricht!

2. Religionsunterricht hat Pflichtfach zu bleiben. Das ist schon mit dem Ausgeführten gegeben. Er hat Pflichtfach zu bleiben um des gesamten Schulunterrichts, um des Schülers, um der bürgerlichen Gesellschaft willen. Im Gesamtunterricht würde eine empfindliche Lücke klaffen, wenn der Religionsunterricht herausgenommen würde; anderen Lehrstoffen (Deutsch, Geschichte, Kunst) würde ein tragendes Fundament entzogen. Dem Schüler jedenfalls würde die Ausbildung einer besonders wichtigen Anlage, der religiösen, auf deren Ausbildung er einen Anspruch hat, an den Bildungsstätten seines Lebens versagt. Die bürgerliche Gesellschaft endlich fordert von ihren erwachsenen Gliedern Bürgertugenden, ohne die sie nicht gedeihen kann, Bürgertugenden, die dem von Natur selbstsüchtigen Menschen nur aus der Religion, d. i. dem Abhängigkeitsgefühl und Verantwortungsbewußtsein Gott und den Mitmenschen gegenüber fließen, so Gemeinsinn, Unterordnung, Selbstbescheidung, Selbstzucht, Arbeitsamkeit, Opfergeist, dienende Liebe . . . Oft es jetzt in unserem Volke zu einem Aufflieg aus der Tiefe kommen, wie wir alle sehnsüchtig hoffen, so ist solche sittliche Erneuerung nicht ohne religiöse Beeinflussung der Jugend denkbar. Das macht gerade jetzt die Forderung zu einer besonders dringlichen: Religion hat Pflichtfach zu bleiben!

Religion, nicht Religionskunde! Hier gehen zwar die Ansichten etwas auseinander. Aber, was die schon erwähnte Denkschrift schreibt, wird doch nicht bestritten werden können: „Ein bloß religionskundlicher oder ein interkonfessioneller Religionsunterricht würde den Bedürfnissen echter Gemüts- und Willensbildung nicht genügen. Ersterer nicht, weil nach psychologischen Gesetzen die bloß referierende Vorführung aller möglichen Religionssysteme, soweit sie überhaupt bei Kindern Verständnis finden, wohl eine Art wissenschaftlicher Neugier wecken, aber keine einheitliche Bildung des Gemüts und Willens schaffen kann. Letzterer nicht, weil er entweder ein blasses Kunstprodukt wäre, eine wirklichkeitsfremde Schulreligion, oder es bekäme je nach der Individualität des Lehrers einen willkürlichen Inhalt. — Ein wahrhaft lebensvoller und bildender Religionsunterricht kann nur im Geiste der lebendigen kirchlichen Gemeinschaft erteilt werden, innerhalb derer die Kinder in Haus und Gemeinde aufwachsen, innerhalb derer sie mit ihren Eltern und Geschwistern stehen."

Es gibt keine Religion an sich, sie tritt immer in bestimmter Prägung auf. So kann es sich auch in unserer Zeit nicht um einen ganz unbestimmten, allgemeinen Religionsunterricht handeln, sondern um einen fest geprägten Religionsunterricht, der dem Verstand klare Erkenntnisse, dem Willen deutsche Weisungen und kräftige Antriebe, dem Gemüt wirkliche Erquickung und Frieden bietet.

(Schluß folgt.)

Halle und Umgebung

Halle, 8 November.

Deutschnationaler Jugendbund

Lehrgänge für nationale Jugendbildung.

1. Museumsdirektor Dr. Hahne: Bilder aus der deutschen Vorgeschichte; 14tägig für das Alter von 15—20 Jahren.
2. Geheimrat Dr. Werminghoff: Die deutsche Kolonisation im Osten und der deutsche Orden; 4 Vorträge für das Alter von 17—20 Jahren.
3. Studienreferendar Kloppe: Streifzüge durch die deutsche Vergangenheit; für das Alter von 12—16 Jahren.
4. Kaufmann Harz: Der Kaufmann im Wirtschaftsleben; 4 Vorträge für das Alter von 16—20 Jahren.
5. Professor Dr. Steinbrück: Der Landwirt im Wirtschaftsleben; 14tägig für das Alter von 16—20 Jahren.
6. Dr. Drechsler: Deutsche Industrie; 14tägig für das Alter von 16—20 Jahren.
7. Dr. Carlsson: Soziale Fragen; 14tägig für das Alter von 16—20 Jahren.
8. Cand. hist. et phil. Klüsener: Bürgerkunde; 14tägig für das Alter von 17—20 Jahren.
9. Gewerbeschullehrerin Weidemann: Bürgerkunde; für das Alter von 14—20 Jahren.
10. Professor Dr. Bremer: Deutsche Sprache und Nationalität; 14tägig für das Alter von 17—20 Jahren.
11. Professor Dr. Seupin: Politische und nationale Strömungen der Vergangenheit und Gegenwart; 14tägig für das Alter von 17—20 Jahren. Zu diesem Vortrag: Professor Dr. Voretzsch: Das Deutschtum im Ausland; Geheimer Postrat Schütz: Das Deutschtum in den Ostmarken.
12. Landgerichtsdirektor Neßhandt: Rechtsbegriffe des täglichen Lebens; 14tägig für das Alter von 16—20 Jahren.
13. Medizinalrat Dr. Bundt: Hygiene des täglichen Lebens; 14tägig für das Alter von 14—20 Jahren.
14. Dr. med. Seeligmüller: Erste Hilfe bei Unglücksfällen; 14tägig, für beide Geschlechter getrennt, für das Alter von 16—20 Jahren.
15. Superintendent Schmidt: Deutsche Sitte und deutscher Glaube; 14tägig für das Alter von 16—20 Jahren.
16. Pfarrer Knoblauch: Führung durch die Kirchen Halles; 14tägig für das Alter von 14—20 Jahren.
17. Musikdirektor Wurffschmidt: Chorübungen deutscher Lieder; wöchentlich für das Alter von 12—20 Jahren.
18. Lehrer Hädicke: Die geschichtliche Entwicklung der Leibesübungen; 14tägig für das Alter von 14—20 Jahren.
19. Frau Professor v. Wolff: Spiele, Beschäftigungen und Volkstänze; wöchentlich für das Alter bis zu 14 Jahren.

Außerdem sind Führungen durch Museen und industrielle Anlagen vorgesehen. Sämtliche Lehrgänge sind für Mitglieder kostenfrei. Beginn Anfang November. Zeit und Ort der Lehrgänge, sowie Zeit und Art der Anmeldung werden noch bekanntgegeben.

*

Der Deutschnationale Jugendbund (Ortsgruppe Halle) schreibt uns: Es ist uns bekannt geworden, daß zwei Damen angeblich im Auftrage des Deutschnationalen Jugendbundes Haussammlungen für diesen vornehmen. Wir machen darauf aufmerksam, daß von unserer Seite vorläufig noch keine Sammlungen eingeleitet sind und wir warnen vor diesen Damen. Wir werden in der nächsten Zeit mit Ausweisen versehene Mitglieder mit Sammellisten umherschicken.

Provinz Sachsen

Einheitsbestrebungen der thüringischen Schulen

o. Gotha, 1. November.

Die Bestrebungen zur Schaffung eines Großthüringen haben auch auf dem Gebiete der Schule feste Gestalt angenommen. Vor einigen Tagen waren die Vertreter der Regierungen von Altenburg, Weimar, Koburg, Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt, Sondershausen, Meiningen und Reuß in Jena zusammen, um gemeinsame Richtlinien festzulegen, nach denen vorläufig in den thüringischen Einzelstaaten das Schulwesen geregelt werden soll, damit nicht durch abweichende gesetzgeberische Handlungen einzelner Staaten die Verschmelzung zu einem Einheitsstaat erschwert werde. Es soll durchweg die vierjährige Grundschule eingeführt werden, welche Hilfs-, Förder- und Normalklassen umfassen soll. Aufbauend auf die Grundschule soll die höhere Schule (Reformgymnasium, Reformrealgymnasium und Oberrealschule) achtklassig sein. Bei vorhandenem Bedürfnis kann das alte humanistische Gymnasium bestehen bleiben. Das Lyzeum baut sich auf die Grundschule sechsklassig auf, darüber hinaus umfaßt das Oberlyzeum noch drei weitere Klassen. Als vierte höhere Schule kann eine deutsche Oberschule (deutsches Gymnasium) eingerichtet werden. Dem Bezirksschulinspektor steht der Bezirksschulbeirat zur Seite. Für die höheren Schulen und für die Volksschulen wird je ein Landesschulausschuß gewählt, welcher beratende Eigenschaft bei der Landesschulbehörde hat. Beide Landesschulausschüsse bilden mit den Vertretern der Laien die Schulsynode für Thüringen. Der Schulvorstand setzt sich zusammen aus Laien, welche in Urwahlen gewählt werden, Mitgliedern der Lehrerschaft und Vertretern der politischen Gemeinde. Der Schulleiter einer Volksschule wird von der Behörde ernannt, doch ist dem Lehrerkollegium und dem Schulvorstande Gelegenheit zu geben, sich vorher zu äußern. Dasselbe Recht steht den Lehrern vor der Ernennung eines Bezirksschulinspektors zu.

Alle Lehrer und Lehrerinnen an Volks- und höheren Schulen werden Staatsbeamte. Die völlige Verstaatlichung der Schulen wird abgelehnt. Die Besoldung wird vom Staate bezahlt. Alle Lehrer werden vom Staate nach Anhörung der Gemeinden und der Lehrer angestellt. Die sächlichen Kosten werden von den Gemeinden getragen. Die Fortbildungsschulpflicht erstreckt sich für männliche Personen auf 3, für weibliche auf 2 Jahre. Für Volks- und Fortbildungsschulen besteht Schulgeldfreiheit. Ebenso werden Lernmittel auf Wunsch von den Gemeinden leihweise geliefert. Für alle Thüringer Schulen sind dieselben Bücher einzuführen. Die Zahl der Pflichtstunden beträgt für Lehrer und Lehrerinnen bis zum 40. Lebensjahre 28, bis zum 50. 26 und vom 50. Jahre an höchstens 24 Stunden. Ueberstunden werden bezahlt. Die Klassenstärke beträgt bei mehrklassigen Volksschulen höchstens 40 Schüler, in Fortbildungsschulen 10 bis 20. An ländlichen Schulen soll der einzelne Lehrer nicht mehr als 50 Schüler unterrichten.

Die Berufsbildung der Volksschullehrer und -Lehrerinnen ist von der Allgemeinbildung zu trennen. Die Allgemeinbildung ist durch das Reifezeugnis einer höheren Schule nachzuweisen. Die berufliche Ausbildung erfolgt auf pädagogischen Akademien in einem zweijährigen Kursus. Die alsbaldige Durchführung dieser Grundsätze soll in allen thüringischen Staaten baldigst in Angriff genommen werden.

*

Thüringer Bauerntag

Am Sonnabend nachmittag fand im Kaisersaal in Erfurt der erste Thüringer Bauerntag statt, der von etwa 1500 Personen aus allen Teilen Thüringens besucht war. Am 10. und 11. Mai schlossen sich in Erfurt die in Thüringen bestehenden landwirtschaftlichen Verbände zu einer Arbeitsgemeinschaft, dem Thüringer Landbund, zusammen. Ihm gehören jetzt 11 Verbände an. Den Vorsitz auf dem Bauerntag führte Landtagsabgeordneter Höfer-Meiningen. Er eröffnete die Tagung mit einer längeren Begrüßungsansprache. Aus dem Geschäftsbericht, den Dr. Wernick-Eisenach erstattete, ist hervorzuheben, daß der Thüringer Landbund gegenwärtig 27 000 Mitglieder zählt.

Nach einem einleitenden Bericht des Landtagsabgeordneten Baum-Rauschwitz über die Stellung der Thüringer Bauernschaft zur Großthüringer Frage, an den sich eine längere Aussprache anschloß, wurde eine Entschließung angenommen, die im wesentlichen folgendes besagt: Da mit dem Anschluß wesentlicher preußischer Gebietsteile an Thüringen zu einem selbständigen Staat nicht zu rechnen ist, billigt der Bauerntag den Anschluß der Thüringer Staaten an Preußen, weil er in der Bildung eines Kleinthüringens einen lebensfähigen Staat nicht zu erblicken vermag.

Ferner nahm der Bauerntag zwei Entschließungen an, die verlangen, daß die Nationalversammlung sich sofort auflöst und Neuwahlen für den Reichstag ausgeschrieben werden. Denn die Nationalversammlung hat nach Ansicht des Landbundes ihre Aufgaben erfüllt und bietet in ihrer jetzigen Zusammensetzung kein wahres Spiegelbild des deutschen Volkswillens mehr. Ueber den Abbau der Zwangsbewirtschaftung wurden drei Referate gehalten. Die Versammlung nahm am Schlusse eine längere Entschließung an, in der der planmäßige Abbau der Zwangsbewirtschaftung bis zum Ablauf des Wirtschaftsjahres verlangt wird.

*

— Halberstadt, 2. Nov. (Ein Großfeuer) hat in der Nacht zum Freitag die Kreismühle in Gelnhausen eingeäschert, in der die gesamten Getreidevorräte für die Versorgung des Kreises Gelnhausen lagerten. Auch einige Nachbargebäude, auf die das Feuer übergriff, sind niedergebrannt. Zwei Personen wurden schwer, mehrere weitere leicht verletzt. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Mark. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch unbekannt.

— Erfurt, 2. Nov. (Zwei Kinder verbrannt.) Am Freitag gegen 6 Uhr nachmittags wollte die 11 Jahre alte Tochter Hertha des Brauers Wölbling, Pfalzburger Straße 2 wohnhaft, durch Aufgießen von Petroleum das ausgegangene Feuer im Küchenherd wieder anzünden. Durch einige glühende Kohlen, die noch in der Feuerung waren, entzündete sich das Petroleum mit großer Flamme, wobei die Kleider des Mädchens und die der danebenstehenden 7 Jahre alten Schwester Erika Feuer fingen. Hausbewohner, die auf das Geschrei der lichterloh brennenden Kinder herbeieilten, um zu helfen, konnten sich nur durch Einschlagen der Fenster Zugang zu der verschlossenen Wohnung verschaffen. Die beiden Mädchen, die schwere Brandwunden erlitten, wurden nach Anlegung von Notverbänden durch die herbeigerufene Feuerwehr nach dem städtischen Krankenhaus übergeführt. Hier sind beide in der Nacht zum Sonnabend verstorben.

— Mühlhausen, 31. Okt. (Ein Fuhrwerk überfahren.) Heute morgen 6.28 Uhr wurde nach einer Meldung des Eisenbahnbetriebsamtes Eisenach bei Langula durch Zug 1284 ein Fuhrwerk überfahren. Der Gespannführer Christoph Sang aus Kammerforst wurde schwer verletzt, das Pferd getötet und der Wagen zertrümmert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911031-19/fragment/page=0003

Sportblatt der „H. Z.“

Wintersport

Und nun beginnt der Wintersport ....

Das frühe Einsetzen des Winters hat naturgemäß, wie alle Dinge, auch heuer seine zwei Seiten. Wer an die wenigen Kohlenvorräte denkt, die in den Kellern der Städter lagern, der wird böse darüber sein, daß in diesem Jahre Schnee und Winterkälte so früh erscheinen. Aber die Wintersportler, die während der Kriegsjahre die langen Hölzer und die Schlittschuhe unbenutzt haben liegen lassen müssen, werden voller Freude das Sportzeug rüsten, um den Sport aufzunehmen. Man sah denn in Halle gestern auch schon verschiedentlich Leute mit Skien, die nach den Brandbergen und der Heide fuhren, um mit den Brettern wieder nach Herzenslust durch den Schnee zu ziehen, der teilweise schon gleichmäßig in einer Decke von 10 Zentimetern lag. Auch die Rodler — vor allem natürlich die Kinder auf den Straßen — hatten mobil gemacht, um sich zu betätigen. Sie werden weniger Glück gehabt haben, da der verhältnismäßig weiche Pulverschnee von den Schlittenkufen leicht durchdrungen wurde. Die Eisläufer können vorläufig noch nicht an die Ausübung ihres Sportes gehen, doch man rüstet auch in ihren Kreisen ernstlich zur kommenden Wintertätigkeit. So hält der Hallesche Eisklub heute abend eine Versammlung ab, in der über das Programm des Winters 1919/20 beraten werden soll. Es wird über die Pläne und Aussichten, die der Hallesche Wintersport hat, noch zu reden sein, wenn Aussicht auf gute Sportverhältnisse besteht, und die „H. Z.“ wird in ihren Sportberichten auch diesem Sportzweige den notwendigen Platz einräumen. Die ersten Kältegrade und der erste Schnee werden nur — wir hoffen es als feltsliefe Sportler im Interesse der schlechten Wirtschaftslage im Vaterlande — nur ein kurzes Dasein haben. Sie waren aber insofern von Wert, als sie die Gemüter wachrüttelten und selbst die besonnenen Leute veranlaßten, nach den Hölzern, den Schlittschuhen, Rodel und Wintersportkleid zu schauen, die nun allmählich wieder in sportfähigen Stand gesetzt werden müssen.

*

Einweihung des Komet-Sportplatzes

Trotz des stürmischen Wetters fand die Einweihung des an der Stadtgrenze in der Delitzscher Straße belegenen, neu errichteten Spielplatzes des Sportklubs Komet statt. Der Vorsitzende Herr Skipka begrüßte die Erschienenen und wies auf die Bedeutung des Sportes hin. Es folgte das Einweihungsspiel zwischen der Ligamannschaft Favorit und Komet. Es war vorauszusehen, daß Favorit das Spiel gewinnen wird, daß aber Komet trotz seines guten Spieles vollständig leer ausging, hatte wohl niemand erwartet. Der Vorsitzende Herr Skipka konnte Favorit den wohlverdienten Siegerkranz überreichen.

Das Spiel nahm folgenden Verlauf: Komet mußte ohne den Verteidiger Goldtz spielen und hat in der ersten Halbzeit eine schlechte Seite, indem die Mannschaft gegen den Wind spielen mußte. Trotzdem war Komet im Angriff eifrig, konnte aber infolge der ballsicheren Verteidigung Favorits nicht aufkommen. Das Spiel stand bei Halbzeit 4:0 für Favorit. Nach Halbzeit spielte Komet teilweise nur mit 9 Mann. Komet ist jetzt überlegen, doch fehlt es bei dem schweren Gegner an sicherem und kräftigen Torschuß. Favorit kommt nochmals auf und erzielt sein 5. Tor, während Komet leer ausging. Komet schlug sich tapfer und konnte nur aus dem Spiel mit dem überlegenen Gegner, der zu den besten der Ligaklasse zählt, lernen.

*

Die Ligaspiele des Sonntags

Viel Schnee stetzt des erwarteten guten Sports. — Wacker schlägt Sportverein 98 überraschend hoch. — V. f. L. gewinnt sein erstes Verbandsspiel.

Als gestern früh um die zehnte Stunde langsam der Himmel seine Flocken auf Halle herniederrieseln ließ, da haben die Sportler bedenklich auf die grauen Wolken geschaut, die in unendlicher Fülle ihre weiße Watte heuer schon so früh der Erde schenken. Das waren böse Aussichten für die große Serie der Nachmittagsspiele, die in die Ungewißheit der Tabelle endlich etwas Klarheit bringen sollten. Aber es ist fast, als wenn sich in diesem Jahre alle Mächte verbunden hätten, um unseren Vereinen das Ausspielen des Meisters schwer zu machen. Zwar ist der Sonntag kein verlorenes Feld, doch konnte von gutem Sport nicht die Rede sein, da 10 Zentimeter Schnee den Rasen bedeckten und ein scharfer Nordost immer neue Wellen Schneekristalle den Spielern in das Gesicht jagte. Hier zeigt sich die gute Erziehung der Sportleute, die im dünnen Dreß bei solch einem Wetter, bei dem sich die Wintersportler z. B. den dicksten Sweater überziehen, den Ball behandeln, um die notwendigen Punkte zu erreichen. Nach den Drahtmeldungen unserer Mitarbeiter sind wenig Spiele abgebrochen worden und noch weniger sind ausgefallen. Ein prächtiges Zeichen! Weit schwieriger als die Wetterlage ist die Gestaltung des Verkehrs, dessen Einstellung am Sonntag unsere Ligaspiele ernstlich zu gefährden droht. Die Naumburger Mannschaft kam gestern z. B. im Lastkraftwagen nach Halle, um ihrer Verpflichtung nachzukommen. Wer als Soldat im offenen Lastauto zur Stellung gerumpelt worden ist, der wird die sportliche Erziehung der Mannschaften einschätzen können, die sich solcher Opfer unterziehen. Wie die neuerliche Verkehrseinschränkung auf unseren Sport wirken wird, ist heute noch nicht zu sagen, hindernd auf jeden Fall. Erfreulicherweise bleiben die Kronprinzenpokalspiele von der Verkehrseinschränkung verschont, da sie am Bußtag (19. November) stattfinden. Der Erfolg des gestrigen Sonntags war der Wetterlage entsprechend.

Fußbock bedeckte der Schnee die Spielfelder, aber trotzdem wurden die Spiele bis auf den Kampf zwischen Sportfreunde und Borussia ausgetragen. Die Terminnot zwingt die Schiedsrichter, die Spiele auch unter erschwerenden Bedingungen austragen zu lassen, da sonst der Kreis seinen Meister nicht rechtzeitig herausbringt und an den Spielen um die Verbandsmeisterschaft nicht teilnehmen lassen könnte. Unter Umständen müssen die Wochentage zu Hilfe genommen werden, wenn sich die Kalamität weiter aufpuhen sollte. Im ganzen und großen endeten die Spiele erwartungsgemäß, wenn auch der glatte Sieg Wackers über den Sportverein recht überraschend kommt. Wie wir hören, hat der Unterlegene gegen das Spiel Protest eingelegt, da er sich durch die Disqualifikation seines Mittelstürmers Rehn benachteiligt fühlt. Gewiß mag das Fehlen dieses Spielers auf die Leistung des 98er Sturms gedrückt haben, aber eine 8:0-Niederlage hätte auch er in keinen Sieg verwandeln können. Im anderen Ligaspiel holte sich der V. f. L. mühelos die beiden Punkte und landete damit seinen ersten Sieg in den Verbandsspielen, ein Erfolg, der dem vom Mißgeschick so arg verfolgten Verein von Herzen zu gönnen ist. Auch das Spiel hinterließ keinen ungetrübten Eindruck. Naumburg 05 hatte zuletzt noch sieben Mann im Felde, so daß der Schiedsrichter das Spiel abpfeifen mußte. Die Naumburger Spieler hätten etwas mehr Disziplin zeigen sollen. Es ist doch keine Schande, sich einem besseren Gegner beugen zu müssen! So aber verließ einer nach dem anderen den Platz, bis die Mannschaft nicht mehr spielfähig blieb.

Nun zu den Spielen selbst.

Wacker schlägt Sportverein 98 3:0 (0:0).

In der ersten Halbzeit spielt 98 mit dem starken Winde, trotzdem vermag Wacker das Spiel offen zu halten. Beide Torhüter können wiederholt Proben ihres Könnens ablegen, namentlich Meinhardt im Wackertore mußte recht gefährliche Schüsse halten. Trotzdem bleibt dem Sportverein ein Erfolg versagt. Halbzeit 0:0. Es ist klar, daß Wacker nun mit dem Winde im Rücken das Spiel sicher haben würde. Immer besser wird das Zusammenspiel der Blauweißen und der Sportverein hat alle Hände voll zu tun, um sich der stürmischen Angriffe zu erwehren. Endlich läßt sich die Spannung, als Kopp den ersten Ball aus dem Netz holen muß. Durch Niemann fällt bald Nr. 2. Etwa zehn Minuten vor Schluß schießt Brückner das 3. Tor und nimmt damit dem Sportverein jede Aussicht, den Vorsprung nachholen zu können. Während beim Sieger die gesamte Mannschaft eine ausgezeichnete Leistung bot, konnte die Elf des Sportvereins nur teilweise gefallen. Recht gut war Kopp im Tor und Thinius in der Läuferreihe. Der Sturm zeigte nicht das sonstige Spiel, namentlich das Zusammenspiel ließ sehr zu wünschen übrig.

V. f. L. — Sportverein 05 Naumburg 3:1 (1:1).

Das Spiel brachte eine derartige Ueberlegenheit des V. f. L., daß es kaum Anspruch auf Ligacharakter haben konnte. Zwar gelingt es Naumburg nach wenigen Minuten in die Führung zu gehen, aber damit hatten die Gäste auch ihr Pulver verschossen. Trotzdem die Hallenser gegen den starken Wind spielen müssen, sind sie meist in des Gegners Hälfte. Zahllose Angriffe bringen zunächst nichts, bis Körste durch eine Flanke, die ein Naumburger Verteidiger selbst einlenkt, gleichzieht. Nach dem Seitenwechsel verliert das Spiel immer mehr an Interesse, da V. f. L. nun mit dem Winde im Rücken den Gegner völlig einschnürt. Die zahlreiche Verteidigung aber vermindert größere Erfolge. Nur zweimal landet der Ball noch im Netz. 20 Minuten vor Schluß muß der Schiedsrichter das Spiel für V. f. L. abpfeifen, da Naumburg nur noch 7 Mann im Felde hat und ein regelmäßiges Spiel nicht mehr möglich war. Es ist recht bedauerlich, daß die Spieler des Sportvereins so wenig Mannschaftsgeist besitzen und ihre Kameraden einfach im Stich ließen, da es ausgeschlossen war, daß Verletzungen 4 Mann zu gleicher Zeit kampfunfähig gemacht haben sollten.

Das Spiel Borussia gegen Sportfreunde wurde vom Schiedsrichter wegen spielunfähigen Bodens abgesagt.

Der Stand der Spiele hat durch die erste Niederlage des Sportvereins ein anderes Gesicht erhalten. Man kann wohl sagen, daß zurzeit der Ausgang der Kämpfe so ungewiß ist wie zu Beginn der Spiele. Gegenwärtig führt Wacker, hat aber ein Spiel mehr als der Sportverein, so daß sich dieser wieder in die Führung bringen kann. Im Nennen sind eigentlich noch sechs Mannschaften, die alle nur 3, höchstens 4 Punkte verloren haben, nämlich Wacker und Sportverein je 3 und Borussia, V. f. L., V. f. B. und Sportfreunde mit je 4 Punkten. Wer also Meister wird, ist noch nicht zu sagen. Die Tabelle sieht jetzt so aus:

	Gesp.	Gew.	Unentsch.	Verl.	Torverh.	Punkte
Wacker	6	4	1	1	21:5	9
Sportverein 98	5	3	1	1	8:6	7
Borussia	5	3	0	2	13:9	6
V. f. B.	5	3	0	2	9:7	6
Favorit	5	2	1	2	8:12	5
V. f. L.	4	1	2	1	6:8	4
Sportv. 05 Naumburg	5	1	1	3	14:17	3
Borussia	3	1	0	2	6:5	2
Wacker	4	0	0	4	4:19	0

Weitere Spiele des Sonntags

Drahtmeldungen der „H. Z.“

Halle: V. f. L. Liga Ref.—Sportfreunde Ref. 6:2. — V. f. L. III—Borussia III 4:2. — V. f. L. Schüler—Wacker Schüler 3:0.

Auswärtige Resultate: 7.

Merseburg: Hohenzollern I gegen Fortuna-Halle I 4:1 (1:1). — V. f. V. Liga Reserve gegen Halle 98 Liga Reserve 1:3 (abgebrochen).

Der Fußballsport in Thüringen wurde auch durch starken Schneefall ungünstig beeinflußt.

Jena: 1. Sportverein Gaumannschaft gegen V. f. B. 2:2.

Erfurt: Sportklub gegen Borussia 3:0 (2:0) (abgebrochen nach 40 Minuten). — Spielvereinigung gegen Saxonia 3:2 (2:0).

Berlin: V. f. B.—Fußballklub Triton-Spandau zu seinem 25. Jubiläum im Pokalspiel 3:1, nach Spielverlängerung 1:1.

Magdeburg: Das heutige Ligaverbandsspiel der Sport- und Spielvereinigung war bei schneebedecktem Boden ein Klassensieger mit 4:3 (3:2) gegen die Burger Preußen. Jede Mannschaft verwandte einen 11-Meterball. Burger war besonders nach der Pause besser. Im 2. Ligaspiel zwischen S. C. und Germania ließ der Schiedsrichter nur 5 Minuten spielen, da er den Boden für spielunfähig erklärte. — Sportverein Viktoria gegen Preußen standen sich im Freundschaftsspiel gegenüber, da das Spiel mit Sportlust wegen der Verkehrsschwierigkeiten abgesagt wurde. Mit 3:3 (1:1) endete das trotz des glatten Bodens einwandfrei durchgeführte Spiel. — Altherrenspiel Sport- und Spielvereinigung gegen Burger Preußen 2:3.

Cöthen: S. V. 02 gegen Vernburg 07 2:4. — Germanie gegen Zerbst 1900 3:1.

Dessau: S. V. 98 gegen Rasensport 1:1.

Stettin: Erinnerungsspiel Viktoria-Magdeburg gewinnt gegen V. f. B. Stettin 5:0 (0:0) Bei eisigem Wind führte Magdeburg bei einer Zuschauermenge von etwa 1000 Menschen das Spiel durch. Magdeburg erzielte in der letzten Halbzeit sämtliche 5 Tore.

*

Die Schweizerreise des V. f. L. (Halle 96)

Die Spiele in der Schweiz sind zum Abschluß gekommen, so daß der Reiseplan für Leibesübungen in 14 Tagen die Reise antreten kann. Er wird am 22. und 23. November in Zürich und St. Gallen spielen.

In Zürich spielt er am 22. November gegen Young Fellows, eine der besten Mannschaften der Schweiz und am 23. November gegen F. C. Bruehl in St. Gallen. Der V. f. L. wird in stärkster Besetzung die Reise nach der Schweiz antreten, so daß mit einer ehrenvollen Vertretung der mitteldeutschen und einheimischen Farben gerechnet werden kann. Diese Reise ist die erste Auslandsreise einer Hallenschen Mannschaft. Nähere Einzelheiten über die Reise folgen.

*

Pferderennen Horst-Emscher

Sonntag, den 2. November.

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.“)

1. Diana-Jagdrennen. 8000 Mark, 3500 Meter. 1. Kongo, 2. Kommando, 3. Patrone. Toto Sieg: 25. Plätze: 11, 18, 10. Ferner liefen: Lausbub, Pionierseg, Rheingold, Thymian.

2. Traum-Ausgleich. 10 000 Mark, 1600 Meter. 1. Francisque, 2. Eichsfeld, 3. Hottenstein. Toto Sieg: 14. Plätze: 12, 48, 48. Ferner liefen: Rosengarten, Ballon, Parma, Kollierer, Rauschuh, Arras II, Nikola, Panzer, Flitting, Light.

3. Hubertus-Jagdrennen. 20 000 Mark, 4000 Meter. 1. Lustige Sieben, 2. Sippe, 3. Quix. Toto Sieg: 4. Plätze: 26, 41. Ferner liefen: Draufgänger II, Eindringling, Fliegender Aar.

4. Martini-Jagdrennen. 15 000 Mark, 3000 Meter. 1. Lukretia, 2. Erich, 3. Bummler. Toto Sieg: 56. Plätze: 16, 51. Ferner liefen: Seppl, Harpune, Mumpertauke, Schlemmer.

5. Jugend-Jagdrennen. 10 000 Mark, 3000 Meter. 1. Ophelia, 2. Sieglinde, 3. Altbraa. Toto Sieg: 13. Plätze: 19, 21, 14. Ferner liefen: Siegfried, Rottalmünster, Kanone, Glanz, Loda II, Heimkehr, Annemarie, Schwestertreuen.

6. See-Jagdrennen. 10 000 Mark, 4500 Meter. 1. Eiche II, 2. Savoy, 3. Parisole. Toto Sieg: 14. Plätze: 10, 5, 12 Ferner liefen: Ben Trovato, San Martino.

7. Feierabend. 10 000 Mark, 1400 Meter. 1. Wotan, 2. Filmdiva, 3. Galata. Toto Sieg: 276. Plätze: 45, 26, 15. Ferner liefen: Wartenburg, Fema, Theiß, Einister, Meilinger, Holda, Applaus, Grimaß, Retter.

Pferderennen Dresden

Sonntag, den 2. November.

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.“)

Nachfolgendes Rennen mußte bekanntlich am Freitag ausfallen.

1. Preis von Stolpen. Ehrenpreis und 10 000 Mark, 2000 Meter. 1. Sterna, 2. Vulkan, 3. Jodler. Toto Sieg: 14. Plätze: 16, 13. Ferner liefen: Orkus, S. M. S.

2. Jungmannen-Preis. 10 000 Mark, 1200 Meter. 1. Erda, 2. Dolde, 3. Gardes-Fürstin. Toto Sieg: 20. Plätze: 11, 14, 15. Ferner liefen: Sonnenblume, Zivilist, Armin, Nikolaus, Lebensgefährte.

3. Winter-Preis. 10 000 Mark, 4000 Meter. 1. Bartakus, 2. Hundung, 3. Halili. Toto Sieg: 77. Plätze: 32, 11. Ferner liefen: Samum, Liebermann, Simon.

4. Sachsen-Preis. 25 000 Mark, 2000 Meter. 1. Gaspa, 2. Hallunke, 3. Königin von Saba. Toto Sieg: 34. Plätze: 21, 13. Ferner liefen: Feldherr II, Korobly, Hüteger, Südtirol, Belladonna.

5. Preis der Bastei. Ehrenpreis und 8000 Mark, 3000 Meter. 1. Parodie, 2. Karlchen, 3. Tati-Tata. Toto Sieg: 7. Plätze: 12, 5, 14. Ferner liefen: Halili, Rheinpreußen, Sibirien, Brügge.

6. Abschieds-Rennen. 8000 Mark, 1600 Meter. 1. Staffel, 2. Fernande, 3. Chalcedon. Toto Sieg: 40. Plätze: 12, 14, 11. Ferner liefen: Anemone, Wittlicher, Reißaus, Fabrikant, Nelke, Nova, Polka.

— **Die Rennen zu Breslau mußten ausfallen.**

*

Der Wintersport in Thüringen Winter 1919/20

Eigene Drahtmeldung unseres gg.-Sportmitarbeiters.

Schneeschuhmeisterschaft Thüringen am 1. Februar 1920 in Oberhof.

Meisterschaft Mittelgau am 25. Januar 1920 in Inselsberg.

Meisterschaft Südgau am 8. Januar 1920 in Ernsthal.

Meisterschaft von Thüringen am 8. Januar 1920 in Friedrichsroda.

Nordwestgau am 15. Februar 1920 in Rotterwald.

Mittelgau am 28. Januar 1920 in Oberhof.

Südwestgau am 25. Januar 1920 in Lauscha und Sonneberg.

Eislaufmeisterschaft in Thüringen am 8. Februar 1920 in Jena.

Eislaufmeisterschaft am 25. Januar 1920 in Nordwestgau in Gotha, für Mittelgau in Erfurt und in den Südgau in Koburg.

Bobsleighmeisterschaft von Thüringen am 8. Februar 1920 in Oberhof, Nordwestgau am 7. Februar 1920 in Friedrichsroda, Mittelgau am 21. Januar in Oberhof.

*

— **Der Thüringer Wintersportverband** hielt, nach einer Drahtmeldung, in Erfurt eine Sitzung ab. Alle Thüringer Gaue waren dabei vertreten. Aus den Verhandlungen war zu entnehmen, daß man in Thüringen eine rege Tätigkeit zu entfalten gedenkt. U. a. wird Schneeschuhlaufleher Lutter aus München im Dezember in Oberhof einen Schneeschuhkursus abhalten. Dabei sollen in erster Linie Sportlehrer herangebildet werden. Ilmenau hat bis dem Verband noch nicht angeschlossen, dagegen Südthüringen. Der Vorstand des Verbandes wurde wie folgt gewählt: 1. Vorsitzender Direktor Völker-Suhl, 2. Vorsitzender Baurat Erhardt-Weimar, Schatzmeister Kommerzienrat Günther-Dietendorf, Schriftführerin Frau Schlegelmilch-Suhl.

— **Verbandstag des Deutschen Eislaufverbandes.** Der Deutsche Eislaufverband hielt in Berlin seine Beratungen ab, um den Wiederaufbau des deutschen Eislaufsports in die Wege zu leiten. Er beschloß, die Bildung von Eislaufsektionen anzustreben, und zwar soll sich der Verband in die sieben Unterverbände bzw. Bezirke: Südost-, Nordost-, Nordwest-, Ostmitteldeutschland und Berlin mit der Provinz Brandenburg gliedern. Die Deutschen Kampfspiele 1921 werden gemeinsam mit dem Wintersechtverband im Januar oder Februar in Garmisch-Partenkirchen ausgetragen. Die ausgeschriebenen Wettbewerbe im Kunst- und Schnellaufen sowie im Eishockeyspiel gelten als deutsche Meisterschaften 1920. Von den kommenden Meisterschaften 1920 werden in Berlin die drei Kunstlaufwettbewerbe und in Berlin die Schnellauf-Meisterschaften entschieden. Die von der deutschen Sportpresse schon vor Jahresfrist gemachte Anregung, die Ausrechnung der Ergebnisse bei Kunstlaufwettbewerben so zu beschleunigen, daß die Ergebnisse am Abend der Vorführung bekannt gegeben werden, wurde abgelehnt. Man vertrat die ziemlich richtige Ansicht, daß nach den Wettkampfbestimmungen eine frühere Ausrechnung nicht angängig sei.

*

— **Verspätetterung in der Ruderei.** Auf einem kürzlich in Berlin abgehaltenen Rudertag hat der Norddeutsche Ruder-Verband mit den übrigen außerhalb des Deutschen Ruder-Verbandes stehenden Sächsischen Ruderverband, Wasserkante (ihm gehören die Leipziger Vereine Triton und Wettin an), dem Norddeutschen Ruderbund, Hamburg (mit 27 Ruderer-Vereinen), dem Süddeutschen Ruder-Verband, Frankfurt, und dem Freien Ruder-Bund, Berlin, eine Interessengemeinschaft abgeschlossen, die bezweckt, gemeinsam sportliche Aufgaben zu lösen, ein Gegengewicht gegen den D. R. V. zu schaffen und auf Verbände und Behörden usw. einzuwirken, namentlich auf die Besteuerung der Luxusfahrzeuge und Ruderboote bemüht zu sein.

Verantwortlicher Redakteur Arthur Pöhlert.
Verantwortlich für Politik: Helmut Bütscher, für politische Rundschau, Volkswirtschaft und Sport: Hans Helling, für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallenschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911031-19/fragment/page=0004